

## **Anlass**

Die Grüne Fraktion beantragt mit Schreiben vom 08.07.2008 zu verschiedenen Themen eine Erhöhung mehrerer Fachbereichsbudgets (dauerhafte Sonderfaktoren) für das Haushaltsjahr 2009.

Bisher betragen die Eckdaten 141,4 Mio. € (Vergleiche Anlage 2 zu GD 203/08).

Dieser erhöhte Zuschussbedarf soll durch eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer finanziert werden. Die Verwaltung wird gebeten, zu ermitteln, in welcher Höhe der Gewerbesteuerhebesatz angepasst werden muss.

## **Finanzbedarf der Anträge**

### Personalerhöhung in den Kindertagesstätten

Erhöhung des Standards Personalschlüssel von 1,7 Fachkräften pro Gruppe bei 33 Stunden pro Woche auf 2,0 Fachkräften pro Gruppe bei 30 Stunden pro Woche.

Fachbereichsbudget Bildung und Soziales

Finanzbedarf für 12 Monate  
(Basis derzeitige Kindergartenbedarfsplanung)

Auf der Grundlage der bisherigen Gruppenanzahl	ca.	3.600 T €
Zuzüglich der zusätzlichen U3 Gruppen		1.100 T €
Summe		4.700 T €

### Energieeinsparung

Erhöhung des Budgets um 1 Mio. € zur Finanzierung von Energieeinsparmaßnahmen im Verwaltungshaushalt (Personalkosten, Gebäudeunterhalt) und insgesamt 3 zusätzliche Stellen im Zusammenhang mit Planung, Abwicklung und Evaluation.

Fachbereichsbudget Stadtentwicklung Bau und Umwelt / Gebäudeunterhalt

Finanzbedarf 2009 1.000 T €

## **Tischvorlage Hauptausschuss 10.07, TOP 1, öffentlich, Anlage 9 zu GD 203/08**

### Benennung einer/s Genderbeauftragten

Benennung einer/s Genderbeauftragten als Querschnittsaufgabe mit dem Auftrag, Bildungsprozesse zu begleiten. Des Weiteren die Darstellung als Produkt im Haushalt. Damit verbunden sind Fortbildungen und Projekte in der Stadtverwaltung.

Die Benennung der zuständigen Einheit gemäß § 23 Chancengleichheitsgesetz ist durch den Oberbürgermeister bereits in 2006 erfolgt. Für Ulm wurde das Frauenbüro benannt. Dies geschah ohne Stellenerhöhung.

Würde die Stadt einen Genderbeauftragten wie beschrieben einrichten und ein umfangreiches Fortbildungsprogramm und entsprechende Projekte umsetzen, geht die Verwaltung davon aus, dass dies nur mit zusätzlichen Personal- und Sachkosten leistbar ist.

Der Finanzbedarf kann nur überschlägig geschätzt werden (50 % Stelle zuzüglich Sachkosten)

Fachbereichsbudget Zentrale Steuerung

Finanzbedarf 2009	überschlägig	90 T €
-------------------	--------------	--------

### SchulsozialarbeiterInnen

In einer ersten Stufe Schaffung von 5 Stellen für Schulsozialarbeit an allen 4 Realschulen und am Anna-Essinger-Gymnasium.

Fachbereichsbudget Bildung und Soziales

Finanzbedarf 2009	ca.	350 T €
-------------------	-----	---------

### Regionale Bildungsplanung und einE BildungsbeauftragteR

Erstellung einer Konzeption mit Finanzbedarf für ein Bildungsbüro in Zusammenarbeit mit der Region. Vorlage eines Vorschlags für die Stelle eines Bildungsbeauftragten inklusive dessen Finanzierung.

Fachbereichsbudget Bildung und Soziales

Kein unmittelbarer Finanzbedarf 2009

nachrichtlich: Die beschriebene Qualifikation und die Anforderungen entsprechen einer Stelle mit der Eingruppierung E 13. Hierfür fallen Personal und Sachkosten in Höhe von ca. 100 T € pro Jahr an.

**Finanzierung:**

Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 360 v.H.  
(Landesdurchschnitt 394 v.H.)

Die Erhöhung des Hebesatzes in Höhe von 10 Punkte entspricht einer Nettoverbesserung von 2.000 T € bei einem angenommenen Aufkommen im Jahr 2009 von 72 Mio. €.

Überschlägig kann davon ausgegangen werden, dass eine Erhöhung sich wie folgt auswirkt:

Erhöhung auf	370 Punkte	2.000 T €
	380 Punkte	4.000 T €
	390 Punkte	6.000 T €
	400 Punkte	8.000 T €

Überschlägig beträgt der Finanzbedarf der vorgenannten Anträge (ohne BildungsbeauftragteR) 6,19 Mio. €

Personalerhöhung in den Kindertagesstätten	4,7 Mio. €
Energieeinsparung	1,0 Mio. €
Genderbeauftragter	0,09 Mio. €
SchulsozialarbeiterInnen	0,4 Mio. €

Darauf folgt eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 390 Punkte

Stadt Ulm  
Zentrale Dienste  
Eing. **09. Juli 2008**  
Tgb.-Nr. II/130  
Bearb. Stelle \_\_\_\_\_

Fk: BM 1, 2, 3  
CDU  
FWG/FDP  
SPD

98



OB, OB/G

Fax: ZSIF  
Ch. Schön  
09.07.08

Herrn Oberbürgermeister Gönner  
Rathaus, per E-Mail

Bündnis 90/Die Grünen  
Im Ulmer Gemeinderat  
Rathaus  
Marktplatz 1  
89073 Ulm  
Tel. 0731 161-1096  
Fax 0731 161-1097

Öffnungszeiten:  
Mo. - Fr. 9.00-12.00 Uhr  
und nach Vereinbarung

[gruene-fraktion@ulm.de](mailto:gruene-fraktion@ulm.de)  
[www.gruene-fraktion-ulm.de](http://www.gruene-fraktion-ulm.de)

08.07.2008

OB/G

**Eckwerte 2009 / Gewerbesteuer**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gönner,

wir haben für den „Eckwerte-Beschluss 2009“ eine Reihe von Anträgen gestellt, die den Verwaltungshaushalt erhöhen und – die, würden nicht auch die Einnahmen erhöht, die Zuführungsrate erheblich schmälern.

Die Folge wären deutlich weniger Investitionen in den nächsten Jahren. Da aber die meisten Projekte die derzeit diskutiert werden auch unsere Zustimmung finden und wir trotzdem die Ausweitung im Bereich von Bildung, Kindergärten und im Energiebereich für absolut notwendig halten, müssen wir uns auch mit den Einnahmen beschäftigen.

Antizyklisch handeln – so das Zauberwort und Credo der Verwaltung. Wir nehmen das auf und schlagen vor:

**Die Gewerbesteuer dann zu erhöhen, wenn es den Betrieben gut geht.**

Das ist derzeit der Fall. Außerdem lechzen die Betriebe nach gut ausgebildeten jungen Leuten – Gerade dafür ist die Erhöhung im Kindergartenbereich und bei der Bildung dringend notwendig.

Wir schlagen also vor im Jahr 2009 den Hebesatz der Gewerbesteuer von derzeit 360 auf 380 Punkte zu erhöhen um die wichtigen Vorhaben zu ermöglichen. Damit befindet sich Ulm immer noch am unteren Rand der Höhe der Gewerbesteuer in den größeren Städten Baden-Württembergs.

Um welchen Betrag die Gewerbesteuer im Jahr 2009 dann steigt und wie die allgemeinen Finanzmittel erhöht werden müssen, werden Sie uns im Hauptausschuss sagen.

Mit freundlichen Grüßen,  
Grüne Fraktion Ulm

**Anita Binder, Jürgen Filius, Michael Joukov, Markus Kienle,  
Ulrike Lambrecht, Dr. Dieter Lang, Birgit Schäfer-Oelmayer.**

Zentrale Dienste  
Eing. **09. Juli 2008**  
Tgb.-Nr. **II/128**  
Bearb. Stelle \_\_\_\_\_

+k: SM 1, 2, 3  
CDU  
FWG/FDP  
SPD  
Fax: ZSIS  
ZSIP  
ZDIP  
LiTa  
R2  
C2  
el. Schin  
09.07.08

96



**Bündnis 90/Die Grünen**  
**Im Ulmer Gemeinderat**  
Rathaus  
Marktplatz 1  
89073 Ulm  
Tel. 0731 161-1096  
Fax 0731 161-1097

**Öffnungszeiten:**  
Mo. - Fr. 9.00-12.00 Uhr  
und nach Vereinbarung

[gruene-fraktion@ulm.de](mailto:gruene-fraktion@ulm.de)  
[www.gruene-fraktion-ulm.de](http://www.gruene-fraktion-ulm.de)

**08.07.2008**

**Herrn Oberbürgermeister Gönner**  
**Rathaus, per E-Mail**

**Personalerhöhung in den Kindertagesstätten**

Sehr geehrter Oberbürgermeister Gönner,

in diesem Jahr standen nach Beschluss des Gemeinderates 1 Million mehr im Bereich der Kindertagesstätten zur Verfügung. Nach Ausschreibung wurden eine Vielzahl von Projekten eingereicht die die Bedingungen für Kinder in Kindertagesstätten verbessern sollen.

Allerdings hat dieses zusätzliche Budget das Grundproblem in unseren Kindertagesstätten nicht gelöst: Um die vielfältigen Anforderungen im Bereich von Bildung, Erziehung und Betreuung zu erfüllen brauchen unsere Kindertagesstätten mehr Personal – mehr Personal, das als kontinuierlich vorhandene Bezugspersonen Individuelles fordern und individuelle Förderung nach dem Orientierungsplan überhaupt erst möglich macht – und nicht nur die Erfindung einer Vielzahl von Projekten die im Kern nichts anderes wollen- es aber in Projekte verpacken müssen um Geld zu bekommen.

Deshalb halten wir an unserer schon mehrfach gestellten Forderung fest, den Personalschlüssel von derzeit 1,7 Fachkräften pro Gruppe bei 33 Stunden auf 2 Fachkräfte pro Gruppe bei 30 Stunden zu erhöhen.

Nur wenn wir am Anfang die richtigen Zeichen und Signale setzen, nur wenn wir zu Beginn Bildung, soziales Lernen und Erziehung sowie gutes Betreuung mit Bindung an Bezugspersonen ernst nehmen, schaffen wir chancengleiche Verhältnisse für alle.

Unser Antrag lautet:

**Umsetzung der oben angeführten Personalerhöhung. Erhöhung des Fachbereichsbudgets Soziales um den dafür notwendigen Betrag.**

Mit freundlichen Grüßen,  
Grüne Fraktion Ulm

**Anita Binder, Jürgen Filius, Michael Joukov, Markus Kienle,  
Ulrike Lambrecht, Dr. Dieter Lang, Birgit Schäfer-Oelmayer.**

Stadt Ulm  
Zentrale Dienste  
Eing. 09. Juli 2008  
Tgb.-Nr. 11/129  
Bearb. Stelle \_\_\_\_\_

OB, OB/6

Fk: 817, 2, 3  
CDU  
FWG/FDP  
SPD

Fax: GM

SUB

erl. Schm

09.07.08

*OB/6*

97



Bündnis 90/Die Grünen  
Im Ulmer Gemeinderat  
Rathaus  
Marktplatz 1  
89073 Ulm  
Tel. 0731 161-1096  
Fax 0731 161-1097

Öffnungszeiten:  
Mo. - Fr. 9.00-12.00 Uhr  
und nach Vereinbarung

[gruene-fraktion@ulm.de](mailto:gruene-fraktion@ulm.de)  
[www.gruene-fraktion-ulm.de](http://www.gruene-fraktion-ulm.de)

08.07.2008

Herrn Oberbürgermeister Gönner  
Rathaus, per E-Mail

## Energieeinsparung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gönner,

hiermit stellen wir den folgenden Änderungsantrag zu den Eckwerten 2009:

das Budget des Fachbereichs StBU wird um eine weitere Million Euro erhöht. Diese Erhöhung soll auch in der mittelfristigen Finanzplanung als dauerhaft aufgenommen werden. Die zusätzlichen Mittel werden verwendet für:

- a) **Energieeinsparmaßnahmen im Bereich Verwaltungshaushalt (vor allem Kleininvestitionen)**
- b) **die Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen bei GM, mit der Aufgabe, den energetischen Umbau der städtischen Liegenschaften zu planen und die Bauabwicklung durchzuführen**
- c) **die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für strategische Energieplanung und Energiekonzeption, die auch mit der Evaluation der durchgeführten Maßnahmen betraut wird.**

### Begründung:

Spätestens seit den letzten Preiserhöhung im Bereich Energie ist allgemein anerkannt, dass die energetische Sanierung eine rentierliche Investition darstellt. Mit den bereits beschlossenen Maßnahmen des Verwaltungshaushalts in Höhe von 1 Mio. jährlich sollen ab 2023 Folgekosten von 9 Mio. jährlich eingespart werden.

Im Zuge der Energiedebatte wurde deutlich, dass weitere Einsparungen möglich sind. Die Vorlage sagt aus, dass eine weitere Million jährlich über 15 Jahre eine Folgekostensenkung von weiteren 5 Mio. pro Jahr ab 2023 bewirkt. Weitere Maßnahmen wären im Vermögenshaushalt fällig, weil es um Großinvestitionen geht. Sie sind nicht Teil der Eckwerte und werden daher im Herbst behandelt. Hier besteht auch wegen des Denkmalschutzes ein gesteigerter Diskussionsbedarf.

Die im Verwaltungshaushalt geplanten kleineren Maßnahmen, sind in der Mehrzahl der Fälle denkmalrechtlich recht einfach. Unterstellen wir, wenn damit 5 Mio. jährlich eingespart werden, ergibt sich die folgende Rechnung: Barwert des Investitionen (6% Verzinsung) = 10,3 Mio.; Barwert des Einsparung = (5 Mio. pro Jahr ab 2023) = 36,8 Mio. Somit ist die Ausgabe auch finanziell absolut sinnvoll.

Stadt Ulm  
Zentrale Dienste

Eing. **09. Juli 2008**

Tgb.-Nr. II/126

Bearb. Stelle \_\_\_\_\_

OB, OB/6

Fkt: **BM 1, 2, 3**  
**CDU**  
**FWG/FDP**  
**SPD**

Fax: **ZSIP**

**FB**

*et. Schen*

**08.07.08**

(34)



**Bündnis 90/Die Grünen**  
**Im Ulmer Gemeinderat**  
Rathaus  
Marktplatz 1  
89073 Ulm  
Tel. 0731 161-1096  
Fax 0731 161-1097

**Öffnungszeiten:**  
Mo. - Fr. 9.00-12.00 Uhr  
und nach Vereinbarung

[gruene-fraktion@ulm.de](mailto:gruene-fraktion@ulm.de)  
[www.gruene-fraktion-ulm.de](http://www.gruene-fraktion-ulm.de)

**08.07.2008**

**Herrn Oberbürgermeister Gönner**  
**Rathaus, per E-Mail**

### **Benennung einer/s Genderbeauftragten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gönner,

wir wollen, wie Sie ja auch, dass der § 23 des Chancengleichheitsgesetzes in Ulm umgesetzt wird.

Die weltweite Strategie des Gender Mainstreamings soll dabei die behördeninterne Frauenförderung ergänzen und Chancengleichheit zum durchgängigen Leitprinzip in allen kommunalen Aufgabenbereichen machen. Die Anwendung von Gender Mainstreaming erfordert eine inhaltliche und fachliche Begleitung. Mit Gender Mainstreaming wird ein neues Instrument etabliert um im Vorfeld von politischen Entscheidungen und im Verwaltungshandeln, bei Konzeptionen, Projekten und Programmen die konkreten Lebenssituationen von Männern und Frauen von vornherein und regelmäßig einzubeziehen. Der Gesichtspunkt der Chancengleichheit wird zu einem Kriterium aller Entscheidungsprozesse und zu einem integralen Bestandteil des Verwaltungshandelns. Gender Planning richtet das Augenmerk besonders auf den Planungs- und Gestaltungsprozess.

Es gibt bereits viele konkrete Arbeitshilfen des Soziaministeriums, wie in der Kommune zum Beispiel die Öffentliche Sicherheit, kommunale Beratungsangebote, bürgerschaftliches Engagement, Verkehrssicherheit, und Stadtplanung mit dem Instrument des Gender Mainstreaming gestaltet werden können.

Das Chancengleichheitsgesetz verpflichtet in § v23 Abs.2 zudem die Stadt- und Landkreise, eine zuständige Person oder eine Organisationseinheit zu benennen, welche die Aufgaben nach Absatz 1 inhaltlich und fachlich begleitet.

Diese Querschnittsaufgabe ist ein längerer Bildungsprozess und braucht auch in Ulm einen Menschen, der dafür zuständig ist. Wir beantragen deshalb, die Benennung eine/r Genderbeauftragten. Uns ist wichtig, und dass diese Querschnittsaufgabe in Form eines Produktes im Haushalt dargestellt wird. So kann der Aufwand für die entsprechenden Fortbildungen und Projekte der verschiedenen en Fachbereiche nachvollzogen werden.

Mit freundlichen Grüßen,  
Grüne Fraktion Ulm

**Anita Binder, Jürgen Filius, Michael Joukov, Markus Kienle,**  
**Ulrike Lambrecht, Dr. Dieter Lang, Birgit Schäfer-Oelmayer.**

Stadt Ulm  
Zentrale Dienste  
Eing. **09. Juli 2008**  
Tgb.-Nr. II/127  
Bearb. Stelle \_\_\_\_\_

OB, OB/6

Fax: BS

FAM

R2

el/Sch  
09.07.08

Fl. SM 1, 2, 3  
CDU  
FWG/FDP  
SPD



**Bündnis 90/Die Grünen**  
**Im Ulmer Gemeinderat**  
Rathaus  
Marktplatz 1  
89073 Ulm  
Tel. 0731 161-1096  
Fax 0731 161-1097

**Öffnungszeiten:**  
Mo. - Fr. 9.00-12.00 Uhr  
und nach Vereinbarung

[gruene-fraktion@ulm.de](mailto:gruene-fraktion@ulm.de)  
[www.gruene-fraktion-ulm.de](http://www.gruene-fraktion-ulm.de)

**08.07.2008**

Herrn Oberbürgermeister Gönner  
Rathaus, per E-Mail

SchulsozialarbeiterInnen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gönner,

als Kommune können wir die Bildungsangebote in unserer Stadt optimieren und dazu beitragen, dass die Ganztageschulen zu Lernorten werden, an denen sich die Schüler gerne aufhalten und gut lernen können. Den Schulen kommt heute zunehmend eine erzieherische Aufgabe zu, weil immer mehr Kinder das Schulgeschehen stören und Hilfe und Begleitung bei ihren Problemen brauchen. Die Angebote der Schule, der Jugendarbeit und der Jugendhilfe müssen vernetzt werden. Deshalb brauchen die Schulen Schulsozialarbeiter.

Wir sind sehr angetan vom Antrag der CDU vom 8. Juni, also vom letzten Monat, in dem sie Schulsozialarbeiter für alle Schulen fordern, so auch eine Stelle für das Anna-Essinger-Gymnasium.

Wir Grüne beantragen, dass in einer ersten Stufe die vier Ulmer Realschulen: Albert-Einstein-Realschule Wiblingen, Anna-Essinger-Realschule auf dem Kuhberg, Elly-Heuss-Realschule in der Weststadt und die Ulrich-von-Ensingens-Realschule in der Stadtmitte mit Schulsozialarbeitern/innen ausgestattet werden und mit dem Anna-Essinger-Gymnasium ein erster Schritt in Richtung Gymnasien gegangen wird.

Wir übernehmen den Schlusssatz aus dem CDU-Antrag: „Präventive Ausgaben dürften in diesem heiklen Bereich erfahrungsgemäß geringer sein als Kosten im Reparaturbetrieb“.

Mit freundlichen Grüßen,  
Grüne Fraktion Ulm

**Anita Binder, Jürgen Filius, Michael Joukov, Markus Kienle,  
Ulrike Lambrecht, Dr. Dieter Lang, Birgit Schäfer-Oelmayer.**

Stadt Ulm  
Zentrale Dienste  
Eing. **09. Juli 2008**  
Tgb.-Nr. 11/125  
Bearb. Stelle \_\_\_\_\_

Fk: BM1, 2, 3  
FWG / FDP  
CDU  
SPD

Fax: BS

R2  
H. Sch

09.07.08

OBIG

93



Bündnis 90/Die Grünen  
Im Ulmer Gemeinderat  
Rathaus  
Marktplatz 1  
89073 Ulm  
Tel. 0731 161-1096  
Fax 0731 161-1097

Öffnungszeiten:  
Mo. - Fr. 9.00-12.00 Uhr  
und nach Vereinbarung

[gruene-fraktion@ulm.de](mailto:gruene-fraktion@ulm.de)  
[www.gruene-fraktion-ulm.de](http://www.gruene-fraktion-ulm.de)

08.07.2008

Herrn Oberbürgermeister Gönner  
Rathaus, per E-Mail

### Regionale Bildungsplanung und einE BildungsbeauftragteR

Sehr geehrter Oberbürgermeister Gönner,

Sie betonen selber immer wieder, wie wichtig ein bestmögliches Bildungswesen für eine Region ist, die exzellent dastehen will in Europa und zwischen Stuttgart und München. Auch wenn die Bildung in der Verantwortung des Landes Baden-Württemberg liegt, können wir sie verbessern durch Vernetzung und Kommunikation zwischen den vielen Bildungsangeboten. Der Begriff Bildungslandschaft umfasst alle Bildungsangebote von der Wiege bis zum lebenslangen Lernen im Alter. Die Gestaltung und Qualitätssicherung der Bildungslandschaft kommunal und regional ist kein kurzfristiges Projekt. Dazu braucht es eine Organisationseinheit, d.h. ein Bildungsbüro, das den Prozess gestaltet und evaluiert.

**Wir beantragen, dass die Verwaltung die Konzeption bereits bestehender Bildungsbüros sichtet und für Ulm und die Zusammenarbeit mit der Region einen Vorschlag erarbeitet und die hierfür notwendigen Kosten berechnet.**

Für die Zusammenarbeit in der Region in Sachen Bildung hat Ministerpräsident Oettinger ja Landesmittel in Aussicht gestellt. Nehmen wir ihn beim Wort.

In der Abteilung BS braucht es eine konzeptionell bewanderte Fachperson, welche die rasend veränderten Bildungslandschaften analysiert und für Ulm in Zusammenarbeit mit der Region das Beste auf den Weg bringt.

Die Schulen verwandeln sich in Ganztageschulen mit dem Anspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung. Für die ganzheitliche Ausbildung von fähigen Persönlichkeiten mit sozialen und innovativen Kompetenzen müssen die musisch-kulturellen Angebote an den Schulen verstärkt werden, sowie Angebote der Schule, der Jugendarbeit und der Jugendhilfe integriert werden. Für die Vernetzung der Angebote, die weitere Schulentwicklungsplanung, das Erstellen von deutlichen Schulprofilen und die Qualitätskontrolle der Angebote brauchen wir eine/n Bildungsbeauftragten. All das kann nicht Herrn Semler und seinen Mitarbeitern zusätzlich abgefordert werden.

**Wir fordern die Verwaltung auf, einen Vorschlag zu machen, wie die Stelle einer/s Bildungsbeauftragten aussehen und finanziert werden könnte.**

Mit freundlichen Grüßen,  
Grüne Fraktion Ulm

Anita Binder, Jürgen Filius, Michael Joukov, Markus Kienle,  
Ulrike Lambrecht, Dr. Dieter Lang, Birgit Schäfer-Oelmayer.